

Antrag an den Landesparteitag der Partei DIE LINKE.

Antragsteller: Kreisverband Gütersloh

Änderung des Landtagswahlprogramms

Der Landesparteitag möge beschließen

In das Landtagswahlprogramm wird im Kapitel „3. Eine Schule für alle – länger gemeinsam lernen“ unter „DIE LINKE. NRW tritt ein für:“ nach Zeile 1352 eingefügt:

- **Einen Sitzplatz für jede Schülerin und jeden Schüler auf der Fahrt im Bus von und zur Schule.**

Begründung:

Viele Schülerinnen und Schüler müssen bis zu einer Stunde in überfüllten Bussen in Kauf nehmen um ihre Schulen zu erreichen. Das ist weder aus Gründen der Sicherheit hinnehmbar noch ist es den SchülerInnen zuzumuten, ihren bis zu 10-stündigen Schultag mit einer derartigen Tortur zu beginnen und zu beenden. Viele SchülerInnen und Eltern protestierten bisher vergeblich gegen diesen MIsstand.

Die Verantwortlichen nehmen Gesetzesverstöße und Sicherheitsrisiken in Kauf. Wenig bekannt ist zum Beispiel, dass Busse außerorts nur 60 km/h fahren dürfen, sobald jemand keinen Sitzplatz hat. Bei einer Geschwindigkeit von 80 km/h ist die Energie im Falle eines Unfalls fast doppelt so stark wie bei 60 km/h. Aber selbst bei Einhaltung der zulässigen Geschwindigkeit sind besonders die stehenden Schülerinnen und Schüler extrem gefährdet. Da helfen auch die gesetzlich vorgeschriebenen Halteeinrichtungen nicht, soweit sie den Kindern überhaupt zugänglich sind.

Off ignoriert wird auch, dass Ein- und Ausstiege und der Bereich neben dem Fahrersitz als Stehplatzflächen nicht zulässig sind. Eine entsprechende Beschilderung ist vorgeschrieben.

Die Busfahrerinnen und Busfahrer allerdings sind kaum in der Lage, die Vorschriften einzuhalten. Würden sie diese konsequent umsetzen, müßten sie oft die Fahrpläne ignorieren und Fahrgäste stehen lassen. Im Gegenteil, die Fahrer sind gezwungen Strafen zu riskieren und ihren Beruf aufs Spiel zusetzen. Von den Folgen eines ernsthaften Unfalls ganz zu schweigen.

Für die "FahrschülerInnen" bedeutet die gegebene Situation aber nicht nur eine grob fahrlässige Gefährdung, sondern auch zusätzlichen Streß und somit eine klare Benachteiligung. Auch LehrerInnen und Eltern haben die Folgen zu tragen.

"Einen Platz für jede Schülerin und jeden Schüler" ist deshalb die Forderung. Das darf allerdings nicht zu längeren Fahrzeiten führen, sondern kann nur durch den Einsatz von mehr Bussen und somit der Einstellung weiterer BusfahrerInnen erfolgen. Zusätzliche Kosten für Schüler und Eltern dürfen nicht entstehen.

Hier ist das Land in der Pflicht. Die Kürzungen der Mittel für die Schülerbeförderung müssen rückgängig gemacht und weitere Mittel bereitgestellt werden.

Gütersloh, 07. Oktober 2009